

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Schwerpunktt Themen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg, November 2011

11. November 2011

Europäischer Eisenbahnraum

Bericht Debora Seracchiani
(S&D, Italien)

"Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum"

Ordentliche Gesetzgebung

Debatte am Montag, 14.
November

Abstimmung am Dienstag, 15.
November

Michael Cramer MdEP
Büro +33 3 881 75779

Hintergrund: Nach langen Verhandlungen im Verkehrsausschuss wird das Parlament nächste Woche über den "Recast des Ersten Eisenbahnpakets" abstimmen. Darin werden die bestehenden Regeln für den Zugang zu Eisenbahnnetzen, Bahnhöfen und unverzichtbaren Servicereinrichtungen überarbeitet, um den Weg zu einem "Einheitlichen Europäischen Eisenbahnraum" frei zu machen.

Grüne Position: Die Abschottung der Eisenbahnnetze durch nationale Platzhirsche und einige Regierungen kann nur verhindert werden, wenn EU-weit strenge, unabhängige und kurzfristig entscheidende nationale Regulierungsbehörden geschaffen werden. Deshalb fordert das Parlament eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Regulierer sowie strenge Bearbeitungsfristen von 4 Wochen. Zudem soll die Europäische Kommission eingreifen können, wenn nationale Regulierer ihren Aufgaben nicht nachkommen. Konsens herrschte darüber, dass die weitere Liberalisierung des Personenverkehrs ebenso wie die Frage der Trennung von Netz und Betrieb zum jetzigen Zeitpunkt in gesamteuropäischer Perspektive nicht die entscheidenden Faktoren sind. Deshalb verlangt der Ausschuss eine gründliche Behandlung dieser Frage im bereits von der Kommission für die zweite Jahreshälfte 2012 angekündigten Gesetzgebungsvorschlag.

Schuldenkrise in der Eurozone

Debatte mit Rat, Kommission
und Eurogruppe

Mittwoch, 16. November

Rebecca Harms MdEP
Büro +33 3 881 75695

Hintergrund: Der Europäische Rat wird sich im Dezember wieder mit den Fragen des Krisengipfels im Oktober beschäftigen müssen, diesmal vor dem Hintergrund der italienischen Regierungskrise und der griechischen Übergangsregierung. Die Umsetzung der Vorschläge zur Stabilisierung der Eurozone stagniert und das Marktvertrauen ist für keine der Varianten gegeben. Auch die Finanztransaktionssteuer wird erneut zur Diskussion stehen, möglicherweise nur in der Eurozone.

Grüne Position: Die Grünen fordern einen umfassenden Ansatz zur Lösung der Schuldenkrise. Hierzu gehört kurzfristig die weiterreichende Reduzierung der griechischen Schuldenlast. Der EFSF muss die Eurokrise eindämmen können. Europäische Banken müssen unter strengen Auflagen rekaptalisiert werden. Außerdem brauchen die Krisenländer dringend nachhaltige Investitionsprogramme. Mittelfristig benötigt Europa eine umfassende Regulierung des Finanzsektors, der seit Ausbruch der Finanzkrise ungehindert zur Destabilisierung der Wirtschaft beiträgt. Die Kommission muss ihre steuerpolitischen Kompetenzen voll nutzen, um Steuerflucht und Steuervermeidung einen Riegel vorzuschieben. Hierzu gehört auch eine Finanztransaktionssteuer.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Euratom-Finanzierung 2012/2013

Berichte Jan Brezina
(Grüne/EFA, Deutschland)

*"[...] Europäische
Atomgemeinschaft für
Forschungs- und
Ausbildungsmaßnahmen im
Nuklearbereich"*

Verfahren der Konsultation

Abstimmung am Dienstag, 15.
November

Rebecca Harms MdEP
Büro +33 3 881 75695

Hintergrund: Das Vorschlagspaket soll das Euratom-Forschungsrahmenprogramm mit dem europäischen Finanzzyklus synchronisieren. Der aktuelle Euratom-Forschungsrahmenprogramm läuft Ende des Jahres aus, der nächste mehrjährige Finanzrahmen beginnt aber erst 2014. Die Kommission schlägt für die Jahre 2012-2013 ein Budget von 2.560.270.000 Euro für Euroatom vor. Etwa 87 Prozent davon sollen in die Fusionsforschung fließen - hauptsächlich in den ITER-Forschungsreaktor.

Grüne Position: Die Grünen hatten im Industrieausschuss Vorschläge für Einsparungen und zur Verbesserung der demokratischen Kontrolle gemacht. So forderten die Grünen eine Änderung der Gesetzesgrundlage, um eine Mitentscheidung des Parlaments in dieser Frage zu ermöglichen. Die Grünen reichten außerdem Änderungsanträge ein, die die Verwendung öffentlicher Mittel für Fusionsforschung sowie Reaktorforschung für neue Atomspaltungsreaktoren beenden sollten. Dadurch könnten mehr als 2 Milliarden Euro in den nächsten zwei Jahren eingespart werden. Eine Mehrheit aus konservativen Mitgliedern des Ausschusses unterstützt vom atomfreundlichen Flügel der Sozialdemokraten hat diese Vorschläge aber abgelehnt.

Online-Glücksspiele

Bericht Jürgen Creutzmann
(ALDE, Deutschland)

"Online-Glücksspiele"

Initiativbericht

Debatte am Montag, 14.
November

Abstimmung am Dienstag, 15.
November

Heide Rühle MdEP
Büro +33 3 881 75609

Hintergrund: Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Online-Glücksspiele sind in den Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich. Leider hat die mehrfach von EU-Ebene eingeforderte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten bei der Regulierung mit Blick auf den Verbraucherschutz und die Bekämpfung illegalen Glücksspiels nicht funktioniert. Der Binnenmarktausschuss hat sich nun dafür ausgesprochen, Online-Glücksspiele künftig einheitlicher zu regulieren. Die Kommission wird aufgefordert, Maßnahmen bis hin zu einer Rahmenrichtlinie zu ergreifen, um illegales Glücksspiel zu bekämpfen, Spielsucht vorzubeugen und junge Menschen sowie gefährdete Nutzer besser zu schützen. Grundsätzlich soll es jedoch weiterhin den Mitgliedsstaaten überlassen bleiben, wie sie ihren Glücksspielmarkt regulieren, staatliche Monopole aussprechen oder Lizenzen vergeben. Der Bericht wurde im Binnenmarktausschuss einstimmig verabschiedet und wird nun im Plenum abgestimmt.

Grüne Position: Wegen des leichten Zugangs haben Online-Glücksspiele unbestritten ein hohes Suchtpotential. Die Grünen im Europäischen Parlament werden dem Bericht zustimmen. Bei der Bekämpfung von illegalem Glücksspiel im Internet legten die Grünen Wert darauf, dass Banken, Kreditkarten- und andere Zahlungsanbieter dazu verpflichtet werden sollen, keine Transaktionen für illegale Glücksspielanbieter durchzuführen.

Kreditausfallversicherungen

Bericht Pascal Canfin
(Grüne/EFA, Frankreich)

Hintergrund: Das Europaparlament und die Mitgliedsstaaten haben sich auf ein Verbot von ungedeckten Kreditausfallversicherungen (credit default swaps, CDS) für Staatsanleihen geeinigt. Nur unter engen bestimmten Umständen und nach Veröffentlichung einer Rechtfertigung können Mitgliedsstaaten von diesem Verbot absehen. Das Parlament muss diesen

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



"Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Kreditausfallversicherungen"

Ordentliche Gesetzgebung

Abstimmung am Dienstag, 25. Oktober

Sven Giegold MdEP
+33 3 881 75695

Kompromiss nun noch im Plenum verabschieden.

Grüne Position: Das Verbot von ungedeckten Kreditausfallversicherungen für Staatsanleihen wäre ein wichtiger Schritt vorwärts und zugleich ein Sieg für das Europäische Parlament, das sich von Anfang an für die Aufnahme solcher Spekulationsgeschäfte mit Staatsanleihen in die Finanzmarktregulierung eingesetzt hat. Die neue Verordnung würde zeigen, dass Europa die Auswüchse der Finanzmärkte erfolgreich eindämmen kann. Hedgefonds könnten nicht länger Kreditausfallversicherungen für Staatschulden kaufen, ohne auch tatsächlich die entsprechenden Titel der betroffenen Länder zu besitzen. Finanzmarktjongleure könnten nicht mehr auf den Bankrott eines Landes spekulieren.

Bienensterben

Bericht Csaba Sándor Tabajdi (S&D, Ungarn)

"Honigbienen und Bienezucht"

Initiativbericht und alternative Resolution

Debatte am Montag, 14. November

Abstimmung am Dienstag, 15. November

Martin Häusling
Büro +33 3 881 75820

Hintergrund: Die Grüne Europafraktion hat eine eigene EntschlieÙung zur Bienezucht eingereicht, da der parlamentarische Prozess bislang einige wichtige Punkte nicht berücksichtigt.

Grüne Position: So braucht es zum Beispiel objektive Bewertungsmaßstäbe zur Toxizität von Pestiziden. Die Grünen fordern darüber hinaus ein Verbot von Neonicotinoiden, mit denen Bienen beispielsweise über die Blüten und über kontaminiertes Wasser direkt in Berührung kommen. Darüber hinaus müssen genveränderte Organismen (GVOs) verboten werden - insbesondere jene, die Bt-Toxine produzieren und damit subletale Wirkung auf Bienen ausüben. Auch muss das Verursacherprinzip angewendet werden, sollte Honig durch GMOs verunreinigt sein. Um dem Bienensterben Einhalt zu gebieten, braucht es außerdem einen obligatorischen Fruchtfolgewechsel, damit der Pestizideinsatz verringert werden kann. Darüber hinaus wirkt sich eine erhöhte Biodiversität positiv auf die Bienenpopulationen aus.

Klimakonferenz in Durban

Resolution des
Umweltausschusses

Debatte am Dienstag, 15. November

Abstimmung am Mittwoch, 16. November

Rebecca Harms MdEP
Büro +33 3 881 75695

Hintergrund: Der 17. UN Klimagipfel im südafrikanischen Durban steht vor der Tür. Während uns Meldungen über globale Rekordemissionen erreichen und extreme Wetterereignisse in Thailand, am Horn von Afrika und auch in europäischen Ländern für Schlagzeilen sorgen, sind die Hoffnungen für den bevorstehenden Gipfel verhalten. Das Parlament hat wie jedes Jahr eine gemeinsame Resolution zum Thema vorbereitet.

Grüne Position: Auch wenn der große Durchbruch für ein globales Klimaabkommen in Durban nicht zu erwarten ist, sind wichtige Schritte möglich. Die EU muss sich klar zu einer zweiten Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto-Protokoll bekennen. Außerdem muss die Integrität der Klimaziele sichergestellt werden, indem die Regeln zur Einbeziehung von Emissionen aus der Landnutzung verbessert und die Übertragung von Zertifikaten aus der ersten Verpflichtungsperiode verhindert werden. Darüber hinaus muss ein Fahrplan erarbeitet werden, der ein globales Klimaabkommen im Jahr

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



2015 zum Ziel hat. Fortschritte braucht es auch bei der kurz- und langfristigen Finanzierung von Klimamaßnahmen in Entwicklungsländern: Die Zahlungen müssen vorhersehbar und zusätzlich zu bestehenden Entwicklungshilfeverpflichtungen erfolgen. Auch zum Schutz der Wälder sind Fortschritte notwendig und möglich.

Die Resolution des Umweltausschusses enthält alle diese Forderungen, es gilt nun sie im Plenum zu verteidigen.

Zukunft der Kohäsions- und Agrarpolitik

Aussprache mit der Kommission

Debatte am Dienstag, 15. November

zu den Kohäsionsfonds:

Elisabeth Schroedter MdEP

+33 3 881 75234

zur Agrarpolitik:

Martin Häusling MdEP

+33 3 881 75820

Hintergrund: Nach der Veröffentlichung der Vorschläge für die Reform der Strukturfonds stellt sich Kommissar Hahn im Plenum den Fragen der Abgeordneten. Dies wird die erste Debatte zu dieser Reform im Europaparlament sein. Da alle Fraktionen ihre Positionen zu den Vorschlägen darlegen werden, bietet diese Debatte die Möglichkeit, einen ersten Eindruck zu erhalten, welche der Kommissionsvorschläge mehrheitsfähig sind. Ein Zeitplan für die Erarbeitung der Parlamentsposition steht noch nicht fest. Im Anschluss wird auch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) mit dem zuständigen Kommissar Ciolos debattiert. Zur Reform der GAP hat die Kommission unlängst ebenfalls ihre Gesetzesvorschläge präsentiert.

Grüne Position: Die Grünen unterstützen die Kommissionsvorschläge zur Reform der Strukturfonds weitgehend, da sie eine gute Balance zwischen europäischem Mehrwert und Freiheit der Regionen darstellen. Viele konkrete Grüne Forderungen hat die Kommission bereits übernommen. Die Vorschläge zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sind gegenüber den ursprünglichen Plänen auf Druck von einigen Mitgliedsstaaten, vorneweg Deutschland, erheblich verwässert worden. Die Grünen kritisieren, dass landwirtschaftliche Betriebe weiter sehr einseitig auf den Anbau von Monokulturen setzen können. Außerdem werden bei den Direktzahlungen immer noch die kleinen Betriebe benachteiligt. Zuletzt befürchten die Grünen bei den Vorgaben zur Entwicklung des ländlichen Raums, dass Mitgliedsstaaten ökologische und soziale Kriterien ignorieren könnten.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Anerkennung von Berufsqualifikationen

Emma McClarkin (EKR, Großbritannien)

"Umsetzung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen"

Initiativbericht

Debatte am Montag, 14. November

Abstimmung am Dienstag, 15. November

Heide Rühle MdEP
+33 3 881 75609

Hintergrund: 2005 verabschiedete das Parlament die Richtlinie zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen. Studien sowie ein Konsultationsprozess der Kommission zeigten jedoch, dass es bei der Umsetzung der Richtlinie immer noch viele Probleme gibt. Die Kommission hatte angekündigt, die Richtlinie zu überarbeiten. Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz legt mit seinem Bericht nun Eckpunkte für diese Überarbeitung vor. Unter anderem sollen erworbene Qualifikationen künftig mit Hilfe eines freiwilligen, elektronischen Berufsausweises leichter nachgewiesen und der Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden im Rahmen des sogenannten "Binnenmarktinformationssystems" (IMI) verbessert werden.

Grüne Position: Wichtig war den Grünen, dass das in Deutschland bewährte System der dualen Berufsausbildung nicht gefährdet wird. So sprachen sich die Grünen im Ausschuss unter anderem gegen eine Anhebung der schulischen Mindestausbildungszeit aus, damit auch die Mobilität von Ausbildungsberufen gewährleistet ist, für die kein Abitur erforderlich ist. Weiterhin pochten die Grünen darauf, dass bei einem Informationsaustausch hinsichtlich persönlicher Daten ein hohes Datenschutzniveau gilt.

Netzneutralität

Mündliche Frage an den Rat

mit Resolution

""Das offene Internet und Netzneutralität in Europa""

Debatte am Mittwoch, 16. November

Abstimmung am Donnerstag, 17. November

Jan Philipp Albrecht MdEP
+33 3 881 75060

Hintergrund: Auf Initiative des Ausschusses für Industrie und Forschung (ITRE) wird das Parlament mit breiter Mehrheit darauf drängen, dass die Kommission und die Netzagenturen der Mitgliedsstaaten einen kohärenten Ansatz bei der Sicherung der Netzneutralität einhalten. Die Resolution weist auf die Bedeutung eines neutralen Internets für Meinungsfreiheit, Medienpluralismus und Innovation hin und fordert bessere Verbraucherinformationen und Möglichkeiten zum Anbieterwechsel.

Grüne Position: Die Resolution geht insgesamt in die richtige Richtung. Sie erhöht den Druck auf Kommission und Regulierungsbehörden, ihre bisherige Position, dass der Markt die Netzneutralität sichern werde, zu überdenken. Damit ist der Text, der mit breiter Mehrheit im Ausschuss angenommen wurde, deutlich besser als noch am Anfang der Diskussion befürchtet wurde. An zwei Stellen besteht noch Nachbesserungsbedarf: So wird den Providern erlaubt, in die Netzneutralität einzugreifen, wenn es zu „Verstopfungen“ kommt, also nicht genügend Bandbreite zur Verfügung steht. Die Formulierung kann jedoch als Dauergenehmigung zu Eingriffen in die Netzneutralität interpretiert werden. Daneben kann ein Absatz als Erlaubnis, alle „illegalen“ Webseiten blockieren zu dürfen, gelesen werden, was einen Einstieg in den Aufbau von Zensurinfrastruktur aufmachen könnte. Die Grünen werden hier jeweils Änderungsanträge stellen.

Mit den besten Grüßen

Helmut Weixler
Pressesprecher

Paul Maximilian Alex
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Fraktion Die Grünen/EFA

Mobil: +32 475-67 13 40

E-Mail: Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Europagruppe GRÜNE

Mobil: +32 495 40 23 28

E-Mail: paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu